



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

Punkt 37 der Tagesordnung: Gute Arbeit - zukunftsfähige Stadtverwaltung:

37.1 Equal Pay für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

Gemeinsamer Antrag: SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke

Vorlage: 2019/0275

37.2 Sachgrundlose Befristung abschaffen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0341

37.3 Verzögerung von Höhergruppierungen bei der Stadtverwaltung

Anfrage: GRÜNE

Vorlage: 2019/0399

Beschluss:

Kenntnisnahme von den Stellungnahmen der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

37.1 Bei 25 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

37.2 Bei 25 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 37.1, 37.2 und 37.3 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadtrat Marvi (SPD): Nachdem der Gemeinderat – das ist jetzt eine Debatte, die sich über einige Monate zieht – mit Beschluss in der Februar-Sitzung die Verwaltung beauftragt hat, Konzepte zu erarbeiten, um auf Leiharbeit grundsätzlich zu verzichten beziehungsweise, sie so weit es geht zu minimieren, folgen dazu aus unserer Sicht weitere Schritte, die wir hier beantragt haben zusammen mit weiteren Antrag stellenden Fraktionen.

Das Erste ist, für diese Übergangszeit – die Perspektive vorausgesetzt, wir kommen ohne Leiharbeit aus – auf jeden Fall gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern zu vereinbaren. Das beantragen wir heute. Das würden wir auch gerne abstimmen lassen im Gemeinderat.

Das Zweite ist – ich gehe jetzt einmal auf die anderen Punkten ein, auch wenn ich nicht als Mit Antragsteller spreche -, die Haltung des Gemeinderates auch auf a-typische Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt Karlsruhe auszuweiten, die mit Unsicherheit und nicht vorhandener langfristiger Planbarkeit für die Betroffenen verbunden sind. Dazu gehört natürlich auch das Thema sachgrundlose Befristung. Wir unterstützen diesen Antrag, auf diese bei der Stadt Karlsruhe zu verzichten. Das entspricht auch insgesamt der SPD-Programmatik auf allen Ebenen.

Wenn es um das Thema gute Arbeit bei der Stadt Karlsruhe geht, erlauben Sie mir auch angesichts der Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion zum Thema Höhergruppierungen bei höherbewerteten Stellen eine Anmerkung, nämlich ein ganz großes Lob für die Stadtverwaltung, was Sie hier darstellen. Sie zeigen mit Ihrer Antwort auch, dass wir bereits Rahmenbedingungen bei der Stadt Karlsruhe haben, um entsprechend flexibel auf Basis von Berufserfahrungen und individueller Weiterentwicklung entsprechende Wege aufzuzeigen, bei denen kein Stellenwechsel erforderlich ist. Wenn ich mir anschau, was in der Stuttgarter Zeitung stand, dass das Land Baden-Württemberg bei den 500 Gemeinschaftsschullehrern und Gemeinschaftsschullehrerinnen diese Höhergruppierung trotz erreichter Weiterqualifizierung nicht ermöglicht oder erst mit erheblicher Verspätung ermöglicht, weil einfach die Mittel im Landeshaushalt nicht vereinbart sind, dann können wir doch froh sein, dass wir unsere Karlsruher Personalpolitik haben.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Und täglich grüßt das Murmeltier. Auch beim Thema Leiharbeitnehmerschaft. Aber es ist manchmal nicht so ganz einfach, alle Leute vom Richtigen zu überzeugen. Vielleicht verliert man zwischendurch kurz einmal die SPD, die wir aber Gott sei Dank wieder mit ins Boot nehmen konnten und die sich jetzt mit uns für Equal Pay einsetzen. Aber darüber haben wir so ausführlich gesprochen, deshalb lasse ich das jetzt einmal aus. Schließlich habe ich auch nur 3 Minuten für 3 Initiativen.

Der nächste Punkt ist die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen. Wie Kollege Marvi schon gesagt hat, a-typische Beschäftigungsverhältnisse sind unheimlich belastend für die Mitarbeitenden. Da müssen wir einfach dagegen vorgehen. Jetzt wird von der Verwaltung in ihrer Antwort angeführt, dass es durchaus auch um die Erprobung ginge, dass es auch um die Sechs-Monats-Frist geht, die üblicherweise die Probezeit ist, und dass man mit einer Befristung über diese Erprobungszeit nicht hinausgehen sollte, um Rechtssicherheit zu wahren. Jetzt ist es so, dass es für eine begründete weitere Erprobung diese Möglichkeit gibt, sogar im Nachhinein noch eine Befristung hinzuzufügen. Des Weiteren möchte ich einfach einmal darauf verweisen, dass wir hier mit sehr großer Mehrheit gerade bei Amtsleitungen, wo es besonders kritisch ist, weil sie einen riesigen Verantwortungsbereich haben, diese Erprobung von zwei Jahren abgeschafft haben. Dass wir sie bei den 08/15-Angestellten beibehalten, kann ich nicht nachvollziehen.

Der dritte Punkt, die Verzögerung von Höhergruppierungen. Auch da haben wir eine etwas andere Ansicht als die Stadtverwaltung. Wenn wir davon sprechen, dass Leute sich entwickeln können - und Leute müssen sich auch erst einmal einarbeiten in ihre Tätigkeiten -, dann muss ich mich schon fragen, ob das dem Geist des Tarifvertrags entsprechen kann, wenn in dem Tarifvertrag explizit Erfahrungsstufen eingebaut sind, so dass die Leute am Anfang nicht so gut bezahlt werden wie nach vielen Jahren, wo sie wirklich perfekt in ihrem Thema drin sind. Zu dem Punkt möchten wir gerne noch einmal mit Ihnen im Ausschuss sprechen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Erlauben Sie mir zunächst die Feststellung, dass die Karlsruher Sozialdemokratie sicherlich einen Schreibfehler machte, oder sie kann einfach nicht rechnen. Denn zwischen Februar 2019 und Mai 2019 haben wir noch keine sechs Monate Frist, die es gilt zu wahren. Aber sei es drum, der Antrag wurde gestellt. Er wurde von Ihnen zugelassen.

Ich glaube, die Meinung der CDU-Fraktion ist bekannt. Die Stadt Karlsruhe ist ein guter Arbeitgeber. Das sehen wir auch bei den Bewerbungseingängen bei jeder Bewerbung, die ausgeschrieben wird. Wir wissen, dass der Arbeitsmarkt sehr leergefegt ist. Die Stadt Karlsruhe macht viel. Aber ich sage auch, die Stadt Karlsruhe ist ein Arbeitgeber in schlechten Zeiten. Schlechte Zeiten werden auch wieder auf dem Arbeitsmarkt einkehren. Dann steht die Stadt Karlsruhe zu ihrer Vertragstreue. Ich wüsste nicht, dass die Stadt Karlsruhe jemals einen Arbeitnehmer mangels Arbeit entlassen hat. Das gehört zu diesem Antrag genauso dazu. Das darf man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Aber ich glaube auch, dass eine gewisse Flexibilität gegeben ist. Man muss auch einmal agieren können in gewissen Situationen. Sie haben es geschildert. Eine Probezeit von sechs Monaten ist heute üblich. Wir als CDU-Fraktion vertrauen auch in diesem Punkt der Verwaltung, was sie mit ihren Beschäftigten macht und wie sie mit ihnen umgeht. Wir sagen, diese Beschäftigungsverhältnisse, die zu 92 % Festverträge sind, sind in Ordnung. Die anderen 8 %, über die wir reden, sind die Flexibilität. Dieses Geschäft machen Sie im operativen Bereich. Somit würden wir diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir lehnen alle drei Anträge ab. Das sind deutliche Misstrauensanträge gegenüber der Verwaltung. Das halten wir für absolut unangemessen. Thorsten Ehlgötz hat es gesagt, die Stadt ist ein guter Arbeitgeber. Daran sollten wir auch nicht rütteln und kritisieren. Wir sind zufrieden mit den Antworten der Verwaltung und lehnen deswegen alle drei Anträge ab.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben bereits beim letzten Mal darüber gesprochen, dass es noch eine große Gruppe von Arbeitnehmern gibt, die davon gar nichts hat, nämlich die, die im Werkvertrag arbeiten. Vor dem Hintergrund möchte ich darauf hinweisen, was die Stadtverwaltung zu Punkt 37.1 anführt, nämlich, wenn vom ersten Tag an der Leiharbeitnehmer das gleiche Gehalt bekäme wie der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, wäre dadurch der Leiharbeitnehmer teurer als der Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Das bedeutet, dass dann dieser Weg in die Leiharbeitnehmerschaft immer weniger beschritten würde. Wir halten aber diesen Weg in die Leiharbeitnehmerschaft für durchaus etwas Positives. Im Gegensatz zur Arbeit für einen Auftragnehmer. Sie wissen genau, wenn wir als Stadt Aufträge vergeben, müssen wir immer den billigsten nehmen. Bei den Werkaufträgen, die wir vergeben, verdienen die Leute noch einmal deutlich weniger Geld. Deswegen sind wir als AfD der Meinung, dass man diesen Menschen eher helfen muss, in eine Leiharbeitnehmerschaft zu kommen. Wir würden gerne die Werkaufträge reduzieren und dafür mehr Leiharbeitnehmer einstellen. Deswegen glauben wir, dass es sinnvoll ist, die Leiharbeitnehmerschaft durchaus attraktiv zu gestalten. Mit diesem Antrag ist das nicht der Fall. Mit diesem Antrag wird sie unattraktiv, vor allem für den Arbeitgeber, für die Stadt. Am Ende werden dann weniger Leute als Leiharbeitnehmer arbeiten können. Die Leute, die im Werkvertrag arbeiten, haben dann auch keine Mitbestimmung. Deswegen ist das, was Sie hier vorschlagen unter Punkt 37.1 eigentlich zu Lasten der Arbeitnehmer in den Werkverträgen und hilft den Arbeitnehmern, die über Leiharbeitsverträge in die Beschäftigung bei der Stadt

hineinfinden wollen, nicht, weil es ihren Anteil am Ende verringern wird. Deswegen sind wir dagegen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Weil hier viel von Misstrauen gesprochen wird: Regelwerke sind keine Misstrauensregelungen sondern Vertrauensregelungen für Menschen, die einen Job suchen oder einen haben. Von daher sollten wir das nicht von der falschen Richtung mit dem falschen Zungenschlag diskutieren. Wir alle haben Vertrauen in die Stadtverwaltung. Deswegen haben wir trotzdem Regelwerke. Es ist richtig, welche zu beschließen, um Situationen zu verbessern und Verbindlichkeiten herzustellen.

Stadtrat Wenzel (FW): In meiner Brust schlagen zwei Herzen. Auch ich war einmal Gewerkschaftsmitglied, bin seit einigen Jahren selbst Unternehmer und leite auch noch einige hundert Mitarbeiter für ein großes Unternehmen. Ich habe mir einmal die Stadt Karlsruhe und ihre Arbeitnehmer und die Antwort der Verwaltung angeschaut. Ich kann jetzt nichts daran finden, was anzumerken ist. Die Antworten der Verwaltung auf diese Anträge sind stichhaltig. Ich folge der Verwaltung und werde daher die Anträge ablehnen.

Stadtrat Lancier (KULT): Es wurde erneut vorgeworfen, dass wir ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung an den Tag legen würden mit unseren Anträgen. Das weise ich scharf zurück. Das ist Unfug. Die Verwaltung tut, was wir ihr sagen, soweit wir die Möglichkeit dazu haben. Deswegen müssen wir entsprechende Regeln auch bringen.

Eines der Dinge, die wir hier erreichen wollen, ist, dass erst gar nicht der Verdacht aufkommen soll, dass die Stadt sich hier auf Kosten von Beschäftigten etwas sparen möchte. Die höheren Kosten für einen Arbeitnehmer mit einem Leiharbeitsvertrag, die wir auf diese Art und Weise erzwingen, sind in Ordnung. Die haben ihren Sinn. Die Leute, die sich in einem Mangel an sozialer Sicherheit in eine solche Beschäftigung hinein begeben, haben ein höheres Risiko, haben entsprechend auch Ausfallzeiten in den Zeiten, in denen sie keinen Job haben. Das muss entsprechend anerkannt werden. Die Aussage, dass die Leute schließlich eine Einarbeitungszeit brauchen, das braucht jeder neue Arbeitnehmer, diese Argumentation, den Leuten deswegen weniger Geld zu geben, zieht einfach nicht. Das entspricht nicht dem sozialen Auftrag, den die Stadt gegenüber ihren Arbeitnehmern hat. Aus diesem Grund haben wir diese Anträge gestellt und stehen auch dazu.

Der Vorsitzende: Wir steigen in die Abarbeitung ein. Ich hatte Herrn Stadtrat Marvi so verstanden, dass Punkt 37.1 auf alle Fälle zur Abstimmung gestellt werden soll. Ich gehe davon aus, dass er für alle Antragsteller spricht. Ich stelle deswegen Punkt 37.1 Equal Pay für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter jetzt zur Abstimmung. – Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe)

Wir müssen noch einmal abstimmen. Jetzt konzentrieren Sie sich bitte.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich habe die formelle Anfrage gestellt. In der Vorlage ist von der Antragsfrist von sechs Monaten geschrieben. Dann wäre dieser Antrag gar nicht erlaubt gewesen zu stellen in dieser Zeit.

Der Vorsitzende: Es ging im Februar um die Abschaffung von Leiharbeit, nicht um die Equal Pay-Geschichte, die war im Oktober. Wir haben es überprüft. Es ist zulässig.

Ich wiederhole jetzt die Abstimmung und bitte alle aufzupassen. Es geht um Punkt 37.1 Equal Pay für Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen. – Damit ist der Antrag angenommen.

Sie beziehen den Antrag ausdrücklich auch auf städtische Gesellschaften. Da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir dann eine Gesellschafterweisung beziehungsweise bei denen, wo wir keine 100%igen Eigentümer sind, eine Gesellschafterversammlung vorher durchführen müssen. Insofern wird sich das noch ein bisschen verzögern. Nur, damit Sie das im Auge haben.

Ich rufe jetzt zur Abstimmung Punkt 37.2 auf. Da gab es die Ansage, wenn ich Sie, Herr Konrad, richtig verstanden habe, das noch einmal in den Ausschuss zu nehmen.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Die Höhergruppierung würden wir gerne im Ausschuss besprechen. Über die Befristung wollen wir abstimmen.

Der Vorsitzende: Die Höhergruppierung ist eine Anfrage.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Deswegen der Wunsch, dass wir es noch einmal im Ausschuss besprechen, weil wir eine andere Auffassung vertreten.

Der Vorsitzende: Herr Bürgermeister Dr. Käuflein signalisiert Zustimmung. Jetzt kommen wir aber erst einmal zu Punkt 37.2. Sie nehmen uns ganz schön Spielraum, wenn Sie diesem Antrag so zustimmen. Darauf möchte ich noch einmal ausdrücklich hinweisen.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Sachgrundlose Befristung ist ein Element, in dem wir verschiedene Stellenanteile zusammenschieben und die für bestimmte Aufgaben nutzen. Wenn das Instrument der sachgrundlosen Befristung wegfällt, wird es für die Gesellschaften bedeuten, dass bestimmte kurzfristige Tätigkeiten nicht mehr möglich sind, wenn Sie beispielsweise an die Messe denken. Im Messegeschäft gibt es oft Sechsmontatsverträge für kurzfristige Aufgaben. Damit wird Handlungsunfähigkeit in Gesellschaften herbeigeführt.

Das Zweite ist, dass uns auch innerhalb der Stadtverwaltung damit die Flexibilität in der Personalwirtschaft genommen wird, weil wir dann bestimmte Stellenanteile nicht mehr belegen können, sondern genau überlegen müssen, was ist unbefristet möglich. Insofern bitte ich, das noch einmal im Personalausschuss zu diskutieren, um die Auswirkungen genau aufgelöst zu bekommen. Es zeichnet sich hier eine Mehrheit dafür ab. Das ist wirklich ein Grundsatzentschluss, wo die Flexibilität der einzelnen Fachämter genommen wird.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): An der Stelle möchte ich kurz anführen, dass das Sachgründe sind. Wir finden, dass die Beschäftigten auch ein Recht darauf haben zu erfahren, warum sie befristet werden. Diese Sachgründe gibt es nicht umsonst. Sie sind genau dafür gemacht. Deswegen fordern die SPD, die Linken und wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, weil das nur Bürokratie wegnehmen soll, um es den Arbeitgebern zu vereinfachen und wir aber die Arbeitnehmerrechte an erster Stelle sehen.

Der Vorsitzende: Ich stelle Punkt 37.2 zur Abstimmung. Ich weise noch einmal darauf hin, dass im Antragstext von der Stadtverwaltung die Rede ist. – Damit ist der Antrag angenommen.

Zur Anfrage ist der Kollege Dr. Käuflein bereit, im Ausschuss noch einmal zu diskutieren.

Wir machen jetzt die erste Pause und treffen uns in einer halben Stunde hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:28 – 17:02 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
18. Juni 2019